

Bundesgesetzblatt ¹

Teil II

G 1998

2007

Ausgegeben zu Bonn am 19. Januar 2007

Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
15. 1.2007	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. März 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl GESTA: XJ004	2
12. 1.2007	Verordnung zur Durchführung der Vereinbarung vom 20. Dezember 2006 zur Änderung und Ergänzung der Vereinbarung vom 17. September 2004 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen und die Bestimmung von Strecken für die Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen	13
7.11.2006	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „National Security Technologies, LLC“, R. M. Vredenburg & Co.“ und „Science Applications International Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-49-01, DOCPER-AS-48-01 und DOCPER-AS-11-21)	16
8.11.2006	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Choctaw Archiving Enterprise“ (Nr. DOCPER-TC-15-03)	19
1.12.2006	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	21
12.12.2006	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe	23
15.12.2006	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	24

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern

Der seit 1952 jährlich erscheinende und vom Bundesministerium der Justiz herausgegebene Fundstellennachweis A – Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen –, jeweils abgeschlossen am 31. Dezember, ist von der Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 10 05 34, 50445 Köln, oder über den Buchhandel zu beziehen.

GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ mit der maßgeblichen Ordnungsnummer

Die vom Deutschen Bundestag seit 1973 – ursprünglich als Loseblattwerk – herausgegebene Dokumentation (jetzt als GESTA.online im Internet unter www.bundestag.de <<http://www.bundestag.de/>>) wurde für die 15. Wahlperiode letztmalig in Form eines Abschlussbandes herausgegeben und vom Nomos-Verlag über den Buchhandel vertrieben. Im Laufe der 16. Wahlperiode wird GESTA.online umgestellt und in veränderter Form Bestandteil des neuen Dokumentations- und Informationssystems (DIP) des Deutschen Bundestages sein.

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten das Titelblatt, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 2006 des Bundesgesetzblatts Teil II beigelegt.

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 14. März 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl**

Vom 15. Januar 2007

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 14. März 2006 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 15. Januar 2007

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
W. Tiefensee

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl

Accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
relatif à la construction d'un pont ferroviaire sur le Rhin à Kehl

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Französische Republik
im Folgenden „Vertragsstaaten“ genannt,

von dem Wunsch geleitet, die Eisenbahnverbindungen zwischen beiden Staaten zu verbessern,

in Anbetracht des Abkommens vom 30. Januar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze,

unter Bezugnahme auf die Vereinbarung von La Rochelle vom 22. Mai 1992 über die Verknüpfung der französischen und deutschen Hochgeschwindigkeitsnetze,

in Anbetracht des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Konvention) und der Richtlinie 85/337/EG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (UVP-Richtlinie; Amtsblatt L 175 vom 5. Juli 1985, S. 40), geändert durch die Richtlinie 1997/11/EG des Rates vom 3. März 1997 (Amtsblatt L 73 vom 14. März 1997, Seite 5) und die Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. Mai 2003 (Amtsblatt L 156 vom 25. Juni 2003, Seite 17),

in Anbetracht des Abkommens vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten (Mondorfer Abkommen) in seiner jeweils gültigen Fassung beziehungsweise Nachfolgeabkommen,

La République fédérale d'Allemagne
et
la République française
Ci-après dénommées les Etats contractants

Désireuses d'améliorer les liaisons ferroviaires entre les deux Etats,

Vu l'Accord du 30 janvier 1953 entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le gouvernement de la République française relatif aux ponts fixes et aux bacs franchissant le Rhin à la frontière franco-allemande,

Se référant au Protocole de La Rochelle du 22 mai 1992 relatif à l'interconnexion des réseaux ferrés à grande vitesse allemand et français,

Vu la Convention du 25 février 1991 sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière (Convention d'Espoo) ainsi que la directive n° 85/337/CEE du Conseil, du 27 juin 1985, concernant l'évaluation des incidences de certains projets publics et privés sur l'environnement (Journal officiel n° L 175 du 05/07/1985, p. 40) amendé par la directive n° 1997/11/CE du Conseil, du 3 mars 1997 (Journal officiel L 73 du 14 mars 1997, p. 5) et la directive n° 2003/35/CE du Parlement européen et du Conseil, du 26 mai 2003 (Journal officiel n° L 156 du 25/06/03, p. 17),

Vu l'accord du 9 octobre 1997 entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le gouvernement de la République française relatif à la coopération dans leurs zones transfrontalières entre les autorités de police et les autorités douanières françaises et allemandes (accord de Mondorf), dans sa version en vigueur ou les accords qui lui font suite,

in Anbetracht der Stellungnahme der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt vom 1. Dezember 2005,

in Anbetracht des Leitfadens Grenzüberschreitende Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben am Oberrhein vom 1. Juni 2005,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die bestehende eingleisige Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl, die sich auf deutschem und französischem Hoheitsgebiet befindet, wird zur Verbesserung der Verbindung der Hochgeschwindigkeitsnetze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik durch eine zweigleisige Eisenbahnbrücke ersetzt, im Folgenden „Kehler Brücke“ genannt.

(2) Gegenstand des Abkommens ist die Realisierung, die Finanzierung und die Instandhaltung der Kehler Brücke.

(3) Die Anlagen A (Kostenaufstellung für die Kehler Brücke sowie deren Kostenaufteilung auf die Vertragsstaaten) und B (Regelungen zum Datenschutz) sind Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 2

Beschreibung des Bauwerkes

Die Kehler Brücke wird zirka in Rheinkilometer 293,7 errichtet. Sie wird aus zwei Brückenfeldern mit einer Gesamtlänge von zirka 239 Metern bestehen. Die Kehler Brücke wird ein schiffbares Lichttraumprofil von 7,00 Metern Höhe über dem höchsten schiffbaren Wasserstand (137,77 IGN 69 ortho oder 137,28 NN neu) mit einer Breite von mindestens 88 Metern unter dem östlichen Brückenfeld und mindestens 60 Metern Breite unter dem westlichen Brückenfeld aufweisen, gemessen an der Pfeilerachse der Brücke. Das Bauwerk trägt zwei Gleise für 160 km/h mit 4,00 Metern Gleisabstand.

Artikel 3

Ausführung der Arbeiten

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Bauherrschaft für die Errichtung der Kehler Brücke und den Abbruch der vorhandenen eingleisigen Brücke. Für die Inbetriebnahme der Kehler Brücke wird das Jahr 2010 angestrebt.

(2) Die Errichtung des Bauwerks umfasst alle notwendigen Arbeiten an den Widerlagern, die Übergangskonstruktion zwischen der Festen Fahrbahn der Kehler Brücke und dem Schotteroberbau der Strecke auf deutscher und französischer Seite, die zweigleisige Erneuerung der Brücke über den Uferweg auf französischer Seite (Straßenzufahrt zur Baustelle), die Verschiebepattform und die eisenbahntechnische Ausrüstung sowie den Abbruch der alten Brücke. Ebenfalls zur Errichtung des Bauwerks zählen die notwendigen Arbeiten für die Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung sowie die Durchführung aller notwendigen Genehmigungsverfahren.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland beauftragt mit der Durchführung der Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Bauausführung und Bauüberwachung Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes. Diese handeln im eigenen Namen gegenüber den an der Errichtung des neuen Bauwerks und dem Abbruch der alten Brücke beteiligten Unternehmern und Dritten.

(4) Das Bauwerk wird gemäß den geltenden deutschen technischen Normen und Vorschriften gebaut. Einzelheiten zur bahntechnischen Ausrüstung werden zwischen den deutschen und dem französischen Eisenbahninfrastrukturunternehmen abgestimmt.

Vu l'avis de la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin du 1^{er} décembre 2005,

Vu le guide de procédures «Consultations transfrontalières des autorités et du public sur les projets ayant des incidences notables sur l'environnement dans l'espace du Rhin supérieur du 1^{er} juin 2005»,

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1^{er}

Objet de l'accord

(1) Le pont ferroviaire à voie unique franchissant le Rhin près de Kehl situé sur les territoires allemand et français est remplacé par un pont ferroviaire à deux voies ci-après dénommé «Pont de Kehl» afin d'améliorer l'interconnexion des réseaux ferrés à grande vitesse entre la République fédérale d'Allemagne et la République française.

(2) Le présent accord a pour but de régler les modalités de la réalisation, du financement et de l'entretien du Pont de Kehl.

(3) Les annexes A (présentation des coûts relatifs au Pont de Kehl et répartition des coûts entre les Etats contractants) et B (dispositions relatives à la protection des données) font partie intégrante du présent accord.

Article 2

Description de l'ouvrage

Le Pont de Kehl est construit environ au point kilométrique 293,7 du Rhin. Il comprend deux travées d'une longueur totale d'environ 239 mètres. Le Pont de Kehl permet de dégager un gabarit navigable de 7,00 mètres par rapport au niveau des plus hautes eaux navigables (137,77 IGN 69 ortho ou 137,28 NN nouveau système) sur une largeur d'au moins 88 mètres sous la travée Est, et sur une largeur d'au moins 60 mètres sous la travée Ouest mesurées à partir de l'axe de la pile du pont. L'ouvrage supporte deux voies permettant une vitesse de 160 km/h avec un entraxe de voies de 4 mètres.

Article 3

Exécution des travaux

(1) La République fédérale d'Allemagne assure la maîtrise d'ouvrage des travaux pour la construction du Pont de Kehl et la démolition du pont à voie unique existant. La mise en service du Pont de Kehl est prévue pour 2010.

(2) La réalisation de l'ouvrage comprend tous les travaux nécessaires au niveau des culées, les structures de transition entre la superstructure en dur du Pont de Kehl et la superstructure de la voie sur ballast du côté allemand et du côté français, le renouvellement à double voie du pont au dessus du chemin de rive du côté français (de la voirie d'accès au chantier), la plate-forme de lançage et la pose des équipements ferroviaires, ainsi que la démolition de l'ancien pont. Font également partie de la réalisation de l'ouvrage les travaux nécessaires aux études, aux appels d'offres, à la surveillance des travaux et à l'accomplissement des procédures d'autorisation nécessaires.

(3) La République fédérale d'Allemagne confie aux entreprises fédérales en charge des infrastructures ferroviaires les études, les appels d'offres, les adjudications, l'exécution et la surveillance des travaux. Celles-ci agissent en nom propre à l'égard des entreprises et des tiers concernés par la réalisation du nouvel ouvrage et par la démolition de l'ancien pont.

(4) L'ouvrage est construit conformément aux normes et prescriptions techniques allemandes en vigueur. Les caractéristiques détaillées de l'équipement ferroviaire sont convenues entre les entreprises allemandes et française en charge des infrastructures ferroviaires.

(5) Die Durchführung der für die Errichtung des Bauwerks gemäß Absätze 1 und 2 erforderlichen Genehmigungsverfahren erfolgt für den auf deutschem Hoheitsgebiet befindlichen Teil des Bauwerks nach deutschem Recht und für den auf französischem Hoheitsgebiet befindlichen Teil des Bauwerks nach französischem Recht.

(6) Die Kehler Brücke befindet sich etwa in Bahnkilometer 13,78 (DB Netz Aktiengesellschaft) bis Bahnkilometer 7,6 (Réseau ferré de France). Die vorgesehene Bau- und Montagefläche befindet sich am französischen Ufer und erstreckt sich etwa bis Bahnkilometer 7,45 (Réseau ferré de France).

(7) Die Ausschreibungen werden gemäß dem geltenden Gemeinschaftsrecht durchgeführt.

(8) Jedem Vertragsstaat obliegt es, die für den Anschluss an die Brücke auf seinem eigenen Hoheitsgebiet erforderlichen Bauwerke und Verkehrswege zu finanzieren und zu errichten. Im Hinblick auf die zu errichtenden Gleisanlagen stimmen sich die deutschen und französischen Eisenbahninfrastrukturunternehmen ab.

(9) Die Bestimmungen des Protokolls 1990-I-32 der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt gelten während der gesamten Bauausführung.

Artikel 4

Umweltrechtliche Verfahren

Gemäß dem Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen übermittelt die zuständige deutsche Behörde der zuständigen französischen Behörde unverzüglich nach Beginn des Verfahrens über die Zulässigkeit des Vorhabens zum Zweck der Beteiligung von Öffentlichkeit und Behörden auf französischer Seite Kopien der Projektunterlagen einschließlich einer Übersetzung der Dokumentation über die Umweltverträglichkeitsprüfung in die französische Sprache und teilt die für das Verfahren festgelegten Fristen mit.

Artikel 5

Kosten

(1) Auf der Basis der Vorplanung werden die Gesamtkosten der Kehler Brücke gemäß Artikel 3 Absatz 2 auf ca. 22,6 Millionen Euro (Netto) nach dem Preisstand vom Juni 2004 veranschlagt. Das Eisenbahn-Bundesamt erstellt eine Fortschreibung der veranschlagten Kosten auf Basis eines Preisindex, der von der gemäß Artikel 11 gebildeten Arbeitsgruppe festgelegt wird.

(2) Die Aufteilung der Kosten der Kehler Brücke zwischen den Vertragsstaaten ist in Anlage A dargestellt. Anfallende Mehrkosten unterliegen der Kostenteilung gemäß Anlage A. Mögliche Änderungen des Arbeitsablaufs zur Errichtung der Kehler Brücke, die zu wesentlichen Mehrkosten führen können, sind von der Arbeitsgruppe gemäß Artikel 11 zu genehmigen.

(3) Sofern aufgrund der technischen Ausführungsplanung im Rahmen der Ausführung der Arbeiten gemäß Artikel 3 die Notwendigkeit besteht, einen Teil der Arbeiten der Französischen Republik zu übertragen, erhält die französische Seite einen finanziellen Ausgleich in Höhe des auf die Bundesrepublik Deutschland gemäß Anlage A entfallenden Anteils der dabei entstehenden Kosten. Diese Ausgleichszahlung wird bei den von der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Französischen Republik in Rechnung zu stellenden Kosten gemäß Artikel 5 Absatz 4 in Abzug gebracht. Die Übertragung der Ausführung von Arbeiten auf die Französische Republik bedarf der Genehmigung durch die Gemeinsame Arbeitsgruppe gemäß Artikel 11. Die von der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 3 Absatz 3 beauftragten Eisenbahninfrastrukturunternehmen

(5) L'accomplissement des procédures d'autorisation nécessaires pour la réalisation de l'ouvrage tel que décrit aux paragraphes 1 et 2 est régi par le droit allemand pour la partie de l'ouvrage qui se situe sur le territoire allemand et par le droit français pour la partie de l'ouvrage qui se situe sur le territoire français.

(6) Le Pont de Kehl se situe approximativement entre le point kilométrique ferroviaire 13,78 (DB Netz Aktiengesellschaft) et le point kilométrique ferroviaire 7,6 (Réseau ferré de France). La plate-forme de construction et de montage se situe sur la rive française et s'étend environ jusqu'au point kilométrique ferroviaire 7,45 (Réseau ferré de France).

(7) Les appels d'offre sont menés conformément au droit communautaire en vigueur.

(8) Il incombe à chaque Etat contractant de financer et de construire les ouvrages et les voies donnant accès au pont sur son propre territoire. Les sociétés en charge des infrastructures ferroviaires en Allemagne et en France se mettent d'accord en ce qui concerne les voies à construire.

(9) Les dispositions du Protocole 1990-I-32 de la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin sont appliquées pendant les travaux.

Article 4

Procédures applicables en matière de législation sur l'environnement

Conformément à la Convention du 25 février 1991 sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière, l'autorité compétente allemande transmet à l'autorité compétente française, immédiatement après le début de la procédure de recevabilité du projet afin d'associer le public et les autorités du côté français, copie des dossiers relatifs au projet incluant une traduction française du dossier d'étude d'impact sur l'environnement et indique les délais applicables à la procédure.

Article 5

Coûts

(1) Sur la base des études préliminaires, le coût total de la construction du Pont de Kehl tel que décrit à l'article 3, paragraphe 2, est évalué à environ 22,6 millions d'euros (hors taxe), exprimé en valeur juin 2004. L'Office fédéral des chemins de fer procède à l'actualisation des coûts estimés en appliquant un indice des prix fixé par le groupe de travail constitué conformément à l'article 11.

(2) La répartition des coûts du Pont de Kehl entre les Etats contractants est explicitée à l'annexe A. Les surcoûts occasionnés sont soumis à la répartition des coûts définie à l'annexe A. D'éventuelles modifications du déroulement des travaux pour réaliser le Pont de Kehl susceptibles d'occasionner des surcoûts importants doivent être autorisées par le groupe de travail comme prévu à l'article 11.

(3) Si les études techniques de mise en œuvre montrent la nécessité de transférer, dans le cadre de la mise en œuvre des travaux en vertu de l'article 3, une partie des travaux à la République française, la partie française reçoit une compensation financière à hauteur de la part des coûts qui, conformément à l'annexe A, incombent à la République fédérale d'Allemagne. Le paiement de cette compensation est porté en déduction des coûts que la République fédérale d'Allemagne facture à la République française conformément à l'article 5, paragraphe 4. Le transfert de l'exécution d'une partie des travaux à la République française doit être validé par le groupe de travail commun visé à l'article 11. A cette fin, les entreprises en charge des infrastructures ferroviaires chargées par la République fédérale d'Allemagne en vertu de l'article 3, paragraphe 3 et l'entreprise chargée

und das auf französischer Seite zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen stellen hierzu einvernehmlich einen Antrag bei der Gemeinsamen Arbeitsgruppe.

(4) Bei der Aufteilung der Kosten für die Errichtung der Kehler Brücke und den Abbruch der vorhandenen eingleisigen Brücke zwischen den beiden Vertragsstaaten bleiben die in diesen Kosten enthaltenen indirekten Steuern unberücksichtigt. Die anfallenden deutschen indirekten Steuern werden durch die Bundesrepublik Deutschland getragen; die anfallenden französischen indirekten Steuern werden durch die Französische Republik getragen.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Vorfinanzierung der Arbeiten. Entsprechend dem Baufortschritt erstellt sie unter Berücksichtigung der Kostenteilung nach diesem Abkommen eine Aufstellung der von ihr finanzierten Kosten und stellt der Französischen Republik den nach dem Abkommen auf sie entfallenden Teil in Rechnung.

(6) Das Eisenbahn-Bundesamt erstellt für jede Rechnung einen Prüfbericht, der die Zuordnung der abgerechneten Arbeiten gemäß Anlage A sicherstellt und der den erreichten Baufortschritt bescheinigt sowie eine Gegenüberstellung der vertraglich gebundenen Investitionskosten, abgerechneten Investitionskosten sowie einer Begründung für aufgetretene Abweichungen enthält.

(7) Die Französische Republik begleicht die von der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung gestellten Kosten innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Zugang der Rechnung.

(8) Die Ausgaben für die Planung und die Durchführung der notwendigen Genehmigungsverfahren zur Errichtung der Kehler Brücke, die von der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik vor Inkrafttreten dieses Abkommens erbracht wurden, sind der nach Artikel 11 gebildeten Gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Genehmigung vorzulegen. Diese Ausgaben unterliegen der Kostenteilung nach Anlage A.

Artikel 6

Bereitstellung der für die Kehler Brücke und für die Bauarbeiten notwendigen Grundstücke

Jeder Vertragsstaat hat dafür zu sorgen, dass auf seinem Hoheitsgebiet die für die Errichtung des Bauwerks dauernd oder vorübergehend notwendigen Grundstücke zur Verfügung stehen und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Artikel 7

Abnahme und Instandhaltung

(1) Nach Abschluss der Arbeiten in jeweils gemeinsam zwischen den Eisenbahninfrastrukturunternehmen festzulegenden Teilabschnitten erfolgt die bautechnische Abnahme durch die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland in Gegenwart der Vertreter der Französischen Republik, der Eisenbahninfrastrukturunternehmen und der Unternehmer.

(2) Die Vertragsstaaten verabreden eine Endabnahme und die Betriebsgenehmigung des fertig gestellten neuen Bauwerks nach Abschluss der Arbeiten durch die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland in Gegenwart der Vertreter der Französischen Republik und der Unternehmer. Die Französische Republik betraut mit der Wahrnehmung aller für die Erlangung der Betriebsgenehmigung erforderlichen Leistungen die Bundesrepublik Deutschland und erkennt die Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland an.

(3) Nach Endabnahme des neuen Bauwerks wird der auf französischem Hoheitsgebiet befindliche Teil des Bauwerks der Französischen Republik übergeben.

(4) Die Instandhaltung der Kehler Brücke obliegt der Bundesrepublik Deutschland. Die beiden Vertragsstaaten tragen die

des infrastructures ferroviaires compétente du côté français déposent une demande conjointe auprès du groupe de travail commun.

(4) Dans la répartition des coûts liés à l'édification du Pont de Kehl et à la destruction du pont à une voie existant entre les deux Etats contractants, les taxes indirectes comprises dans les coûts ne sont pas prises en compte. Ces taxes sont supportées par la République fédérale d'Allemagne sur le territoire allemand et par la République française sur le territoire français.

(5) La République fédérale d'Allemagne assure le préfinancement des travaux. En fonction de la progression des travaux, elle établit dans le respect de la répartition des coûts définie au présent accord, un tableau des coûts qu'elle a financés et facture à la République française la partie des coûts qui lui incombe en vertu du présent accord.

(6) L'Office fédéral des chemins de fer établit pour chaque facture émise un rapport de contrôle qui permet de faire le lien entre les travaux facturés et l'annexe A et qui atteste la progression des travaux et expose de manière contradictoire le montant des investissements projetés dans l'accord et les coûts d'investissement facturés en justifiant les écarts relevés.

(7) La République française s'acquitte auprès de la République fédérale des coûts facturés dans les six mois qui suivent la réception de la facture.

(8) Les dépenses relatives aux études et à l'accomplissement des procédures d'autorisation nécessaires pour la réalisation du Pont de Kehl qui ont été financées par la République fédérale d'Allemagne et la République française avant l'entrée en vigueur du présent accord doivent être soumises pour validation au groupe de travail commun constitué en vertu de l'article 11. Ces dépenses sont soumises à la répartition des coûts définie à l'annexe A.

Article 6

Mise à disposition des emprises nécessaires au Pont de Kehl et aux travaux

Chacun des Etats contractants veille à ce que sur son propre territoire, les terrains nécessaires de manière temporaire ou permanente aux travaux de construction de l'ouvrage soient disponibles et supporte les dépenses correspondantes.

Article 7

Réception et entretien

(1) Après l'achèvement des travaux pour chaque tranche définie conjointement par les sociétés en charge des infrastructures ferroviaires, les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne procèdent à la réception des travaux en présence des représentants de la République française, des entreprises en charge des infrastructures ferroviaires et des entrepreneurs.

(2) Les Etats contractants conviennent d'une réception finale du nouvel ouvrage et de l'attribution de l'autorisation d'exploitation du nouvel ouvrage après accomplissement des travaux par les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne en présence des représentants de la République française et des entrepreneurs. La République française charge la République fédérale d'Allemagne de prendre en compte toutes les prestations nécessaires à l'obtention de l'autorisation d'exploitation et reconnaît les décisions de la République fédérale d'Allemagne.

(3) Après la réception finale du nouvel ouvrage, la partie de ce dernier située sur le territoire français est remise à la République française.

(4) L'entretien du Pont de Kehl incombe à la République fédérale d'Allemagne. Les deux Etats contractants assument les

Kosten für die Instandhaltung der Kehler Brücke für den jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Teil.

(5) Die Instandhaltung umfasst alle Arbeiten, die zur Wartung, Inspektion, Instandsetzung der neuen Kehler Brücke und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind. Dazu gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der neuen Kehler Brücke unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse der Grenzbrücke zu verändern.

Artikel 8

Betretungsrecht

(1) Das Erfordernis eines Aufenthaltstitels, auch eines Visums, sowie von Pässen oder Passersatzpapieren richtet sich für die beim Bau, der Instandhaltung und der Inspektionen der Kehler Brücke beteiligten Personen nach dem Recht, das jeweils im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates gilt, in dem die betreffende Person sich aufhält.

(2) Das Erfordernis einer Erlaubnis, eine Beschäftigung beim Bau und der Instandhaltung der Kehler Brücke auszuüben, richtet sich auch für Tätigkeiten, die auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaates ausgeübt werden, ausschließlich nach dem Recht des Vertragsstaates, welchem nach den Artikeln 3, 4, 5 und 7 die Ausführung der Arbeiten einschließlich der damit verbundenen Inspektionen obliegt.

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Abkommens verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

Artikel 9

Steuerrechtliche Regelungen

(1) Die zum Bau und zur Instandhaltung der Kehler Brücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrem innergemeinschaftlichen Verbringen aus dem Hoheitsgebiet des einen Vertragsstaates in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates keinen Verboten und Beschränkungen.

(2) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der beiden Vertragsstaaten verständigen und informieren sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen des Absatzes 1.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern einschließlich des Zusatzprotokolls und der beiden Notenwechsel vom 21. Juli 1959 in der durch das Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969, das Zusatzabkommen vom 28. September 1989 und das Zusatzabkommen vom 20. Dezember 2001 geänderten Fassung und unter Berücksichtigung möglicher künftiger Änderungen.

Artikel 10

Arbeitsrechtliche Regelungen

Auf die Arbeitsverträge der am Bau und der Instandhaltung der Kehler Brücke tätig werdenden Personen findet das deutsche Recht Anwendung.

Artikel 11

Gemeinsame Arbeitsgruppe

(1) Es wird eine deutsch-französische Arbeitsgruppe gebildet, die sich mindestens aus Vertretern folgender Behörden und Unternehmen zusammensetzt:

coûts d'entretien relatifs respectivement aux parties de l'ouvrage situées sur leur territoire.

(5) L'entretien comprend tous les travaux nécessaires à la maintenance, l'inspection, la remise en état du nouveau Pont de Kehl et des installations associées. En font partie toutes les mesures qui garantissent une utilisation conforme et l'état technique correspondant du nouveau Pont de Kehl dans le respect de sa capacité porteuse sans modifier les dimensions essentielles et le comportement statique de l'ouvrage transfrontalier.

Article 8

Droit d'entrée

(1) Pour les personnes intervenant dans la construction, l'entretien et l'inspection du Pont de Kehl, l'exigence d'un titre de séjour, d'un visa, ainsi que de passeports ou de documents en lieu de passeport est régie par le droit en vigueur sur le territoire de l'Etat contractant sur lequel la personne en question se trouve.

(2) Dans le cas où un permis de travail est exigé pour occuper un emploi dans la construction et l'entretien du Pont de Kehl, la délivrance de ce permis est régie, y compris pour les activités effectuées sur le territoire de l'autre partie contractante, exclusivement par le droit de l'Etat contractant auquel incombe en vertu des articles 3, 4, 5 et 7 la réalisation des travaux ainsi que les inspections liées à ceux-ci.

(3) Les Etats contractants s'engagent à réadmettre sans formalité et à tout instant toute personne entrée sur le territoire de l'autre Etat contractant dans le cadre du présent accord et ayant violé les dispositions du présent accord ou séjournant illégalement sur ce territoire.

Article 9

Dispositions fiscales

(1) Les biens nécessaires à la construction et à l'entretien du Pont de Kehl ne sont soumis à aucune interdiction ni limitation lors de leur transfert intracommunautaire depuis le territoire d'un Etat contractant sur le territoire de l'autre Etat contractant.

(2) Les autorités fiscales et douanières compétentes des deux Etats contractants se concertent, s'informent et se fournissent réciproquement les informations et l'assistance nécessaires à l'application de leurs attributions juridiques et administratives dans le cadre des dispositions du paragraphe 1.

(3) Le présent accord n'affecte pas l'application des dispositions de la Convention du 21 juillet 1959 entre la République fédérale d'Allemagne et la République française en vue d'éviter les doubles impositions et d'établir des règles d'assistance administrative et juridique réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi qu'en matière de contributions des patentes et de contributions foncières, ainsi que le protocole additionnel et les deux échanges de lettres du 21 juillet 1959, tels que modifiés par les avenants des 9 juin 1969, 28 septembre 1989 et 20 décembre 2001, et compte tenu de tout amendement futur éventuel.

Article 10

Dispositions en terme de droit de travail

Le droit allemand s'applique aux contrats de travail des personnes exerçant des activités liées à la construction et à l'entretien du Pont de Kehl.

Article 11

Groupe de travail commun

(1) Il est créé un groupe de travail franco-allemand qui réunit au minimum les représentants des autorités et des entreprises suivantes:

1. Bundesrepublik Deutschland:

- a) das für Verkehr zuständige Ministerium,
- b) Eisenbahn-Bundesamt,
- c) Eisenbahninfrastrukturunternehmen;

2. Französische Republik:

- a) das für Verkehr zuständige Ministerium,
- b) Eisenbahnsicherheitsagentur,
- c) Réseau ferré de France.

(2) Die Arbeitsgruppe hat eine beratende Funktion in Fragen, die die Finanzierung, die Bauarbeiten sowie die im Zusammenhang mit der Errichtung der Kehler Brücke erforderlichen Genehmigungsverfahren betreffen, insbesondere:

- 1. die Genehmigungsverfahren, den Ablauf der Arbeiten, den zeitlichen Ablauf der Arbeiten und die Kostenentwicklung,
- 2. Stand der Aufwendungen, Fälligkeiten der Zahlungen,
- 3. Fragen, die sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergeben, mit Ausnahme der steuer- und zollrechtlichen Fragen.

Die Arbeitsgruppe entscheidet insbesondere über:

- a) die Genehmigung von Mehrkosten und die Übertragungen der Ausführung von Arbeiten gemäß Artikel 5 Absätze 2 und 3 sowie deren finanzielle Aufteilung zwischen den Vertragsstaaten,
- b) die Genehmigung und Aufteilung der Ausgaben für die Planung und die Durchführung der notwendigen Genehmigungsverfahren zur Errichtung der Kehler Brücke, die von der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik vor Inkrafttreten dieses Abkommens getragen werden,
- c) die Festlegung des Preisindex gemäß Artikel 5 Absatz 1.

(3) Fragen der Instandhaltung werden zwischen den Eisenbahninfrastrukturunternehmen beider Vertragsstaaten gesondert geregelt.

(4) Die Arbeitsgruppe kann Sachverständige oder Vertreter anderer Behörden der beiden Vertragsstaaten bitten, bei Bedarf an den Sitzungen teilzunehmen.

(5) Die Arbeitsgruppe formuliert ihre Empfehlungen und Entscheidungen grundsätzlich einvernehmlich. Sollte es innerhalb der Arbeitsgruppe divergierende Empfehlungen geben, werden diese den zuständigen Behörden zur Entscheidung vorgelegt.

(6) Die Arbeitsgruppe löst sich nach Inbetriebnahme der Kehler Brücke auf.

Artikel 12**Beilegung
von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die in Artikel 11 dieses Abkommens vorgesehene Arbeitsgruppe um Stellungnahme bitten. Falls keine Einigung zustande kommt, kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 13**Ratifikation und Inkrafttreten**

- (1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation.
- (2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

1. République fédérale d'Allemagne:

- a) le ministère compétent en matière de transports,
- b) l'Office fédéral des chemins de fer,
- c) les entreprises en charge des infrastructures ferroviaires;

2. République française:

- a) le ministère compétent en matière de transports,
- b) l'Etablissement public de sécurité ferroviaire,
- c) Réseau ferré de France.

(2) Le groupe de travail a une fonction consultative pour les questions concernant le financement, les travaux et les procédures d'autorisation nécessaires dans le contexte de la réalisation du Pont de Kehl, et notamment:

- 1. les procédures d'autorisation, le déroulement des travaux, le calendrier des travaux et l'évolution des coûts
- 2. la situation des dépenses, les échéances des paiements
- 3. les questions soulevées par la mise en œuvre de cet accord, à l'exception des questions fiscales et douanières.

Le groupe de travail commun décide notamment:

- a) de la validation des coûts supplémentaires et des transferts de l'exécution de travaux conformément à l'article 5, paragraphes (2) et (3) ainsi que de leur répartition financière entre les Etats contractants,
- b) de la validation et de la répartition des dépenses relatives aux études et à la mise en œuvre des procédures d'autorisation nécessaires à la réalisation du Pont de Kehl qui ont été financées par la République fédérale d'Allemagne et la République française avant l'entrée en vigueur du présent accord,
- c) de la fixation de l'indice des prix prévue à l'article 5 paragraphe 1.

(3) Les questions relatives à l'entretien sont réglées séparément entre les entreprises en charge des infrastructures ferroviaires des Etats contractants.

(4) Le groupe de travail peut, si besoin en est, inviter des experts ou des représentants d'autres autorités des deux Etats contractants à participer aux réunions.

(5) Par principe, le groupe de travail adopte ses recommandations et ses décisions d'un commun accord. Si des divergences sur les recommandations à donner apparaissent au sein du groupe de travail, celles-ci sont transmises aux autorités compétentes pour décision.

(6) Le groupe de travail se dissout après la mise en service du Pont de Kehl.

Article 12**Règlement des différends**

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent accord doivent être réglés par les autorités compétentes des Etats contractants. A cette fin, chaque Etat contractant peut demander l'avis du groupe de travail prévu par l'article 11 du présent accord. A défaut d'un accord, la voie diplomatique peut être utilisée.

Article 13**Ratification et entrée en vigueur**

- (1) Le présent accord est soumis à ratification.
- (2) Le présent accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra l'échange des instruments de ratification.

(3) Dieses Abkommen wird zunächst für die Dauer von zwanzig Jahren geschlossen. Es verlängert sich stillschweigend um jeweils eine Zeitspanne von zehn Jahren, wenn nicht einer der Vertragsstaaten es mindestens ein Jahr vor Ablauf der Gültigkeitsdauer kündigt.

(4) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die Französische Republik wird unter Angabe der VN-Registriernummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 14. März 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Le présent accord est conclu pour une durée initiale de vingt ans. Il est renouvelable par tacite reconduction pour de nouvelles périodes de dix ans, sauf dénonciation par l'un des Etats contractants, une année au moins avant l'expiration de sa validité.

(4) L'enregistrement du présent accord auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies est assuré par la République fédérale d'Allemagne immédiatement après son entrée en vigueur. La République française en est informée par la communication du numéro d'enregistrement des Nations Unies, dès que le Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies l'aura confirmé.

Fait à Berlin le 14 mars 2006 en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne

Frank Steinmeier
W. Tiefensee

Für die Französische Republik
Pour la République française

Philippe Douste-Blazy
Dominique Perben

Anlage A

zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der
Französischen Republik über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl

Kostenaufteilung

Anlagenteil	Grobe Kostenveranschlagung aus der Vorplanung (Preisstand 2004) [Millionen Euro]	Anteil der ¹⁾ Bundesrepublik Deutschland	Anteil der ¹⁾ Französischen Republik
Neuer zweigleisiger Brückenüberbau für eine Geschwindigkeit von 160 km/h	11,4	87,5 %	12,5 %
Ertüchtigung der Widerlager, Neubau des Mittelpfeilers, Abbruch des bestehenden Brückenüberbaus und der bestehenden Pfeiler	6,6	50 %	50 %
Bahntechnik und Schallschutz	2,0	75 %	25 %
Planungskosten (Durchführung der Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung und Durchführung aller Genehmigungsverfahren gemäß Artikel 3 Absatz 2)	2,6	80 %	20 %
Summe	22,6		

¹⁾ Die Kostenaufteilung geht auf das Abkommen vom 30. Januar 1953 über die festen Brücken und Fähren über den Rhein an der deutsch-französischen Grenze zurück. Danach sind die Kosten für den Neubau des zweiten eingleisigen Überbaus gemäß den technischen Anforderungen der bestehenden Brücke (Geschwindigkeit von 100 km/h) allein von Deutschland zu tragen. Darüber hinausgehende Kosten für die jetzt vorgesehene deutliche Qualitätsverbesserung des Bauwerks (Geschwindigkeitsanhebung auf 160 km/h) werden von Deutschland und Frankreich gemeinsam getragen.

Annexe A

à l'accord entre la République fédérale d'Allemagne et la
République française relatif à la construction d'un pont ferroviaire sur le Rhin à Kehl

Répartition des coûts

Rubriques	Estimation sommaire des coûts selon avant-projet (valeur économique 2004) [en millions d'euros]	Contribution ¹⁾ de la République fédérale d'Allemagne	Contribution ¹⁾ de la République française
Nouvelle superstructure de pont à deux voies permettant une vitesse de 160 km/h	11,4	87,5 %	12,5 %
Renforcement des culées, construction de la pile centrale, démolition de la superstructure et des piles du pont existant	6,6	50 %	50 %
Equipements ferroviaires et protection phonique	2,0	75 %	25 %
Dépenses de planification (planification, appels d'offre, surveillance des travaux et réalisation de toutes les procédures d'autorisation selon article 3, paragraphe 2)	2,6	80 %	20 %
Total	22,6		

¹⁾ La répartition des coûts renvoie à l'accord relatif aux ponts fixes et bacs sur le Rhin à la frontière franco-allemande du 30 janvier 1953. Selon cet accord, les coûts pour la construction d'un second franchissement ferroviaire avec les caractéristiques techniques du pont existant (vitesse de 100 km/h) sont uniquement supportés par l'Allemagne. Les coûts additionnels liés à l'amélioration telle que prévue de la qualité de l'ouvrage (vitesse de 160 km/h) sont supportés conjointement par l'Allemagne et la France.

Anlage B

zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über den Bau einer Eisenbahnbrücke
über den Rhein bei Kehl

Regelungen zum Datenschutz

Annexe B

à l'accord
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République française
relatif à la construction d'un pont ferroviaire
sur le Rhin à Kehl

Dispositions relatives
à la protection des données

Unter Beachtung des nationalen Rechts jedes Vertragsstaates erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren „Daten“ genannt, im Rahmen dieses Abkommens nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle des anderen Vertragsstaates auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelte Stelle vorgesehenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem nationalen Recht vorgesehenen

Dans le respect du droit national de chaque Etat contractant, la transmission et l'emploi de données personnelles (ci-après appelées données) sont soumis, dans le cadre du présent Accord, aux dispositions suivantes:

1. Le service destinataire informe le service émetteur de l'autre Etat contractant, sur demande, de l'emploi fait des données transmises et des résultats ainsi obtenus.
2. L'emploi des données par le service destinataire n'est autorisé qu'aux fins décrites dans le présent accord et dans les conditions prévues par le service émetteur. Il est en outre autorisé pour la prévention et la répression des délits ayant un caractère significatif ainsi que pour lutter contre les menaces importantes pour la sécurité publique.
3. Le service émetteur est tenu de veiller à l'exactitude des données communiquées ainsi qu'au caractère nécessaire et proportionné de la transmission au regard de l'objectif recherché. A cet égard, les motifs de non-communication en vigueur dans chaque droit interne sont à respecter. La transmission de données n'intervient pas si le service émetteur a lieu de supposer que la transmission irait à l'encontre de l'objectif d'une loi de son droit national ou léserait des intérêts dignes d'être protégés chez les personnes concernées. S'il s'avère que des données erronées ou qui n'auraient pas dû l'être ont été transmises, le destinataire doit en être informé sans délai. Ce dernier est tenu de rectifier ou de supprimer immédiatement les données en question.
4. Sur sa demande, une personne concernée doit être informée des données existant à son sujet ainsi que de l'utilisation qu'il est prévu d'en faire. Ces informations peuvent être refusées si l'intérêt de l'Etat à ne pas les communiquer l'emporte sur l'intérêt du requérant. Pour le reste, le droit de l'intéressé à l'information est régi par le droit interne de la partie contractante sur le territoire national de laquelle la demande d'information est faite.
5. Lors de la transmission des données, le service émetteur mentionne les délais prévus dans son droit national pour la

Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssten. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

conservation de ces données et à l'issue desquels elles devraient être effacées. Indépendamment de ces délais, les données transmises doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires à l'objet pour lequel elles ont été communiquées.

6. Le service émetteur et le service destinataire s'engagent à prendre acte de la communication et de la réception des données.
7. Le service émetteur et le service destinataire sont tenus de protéger efficacement les données communiquées contre tout accès, toute modification et toute diffusion non autorisés.

Verordnung
zur Durchführung der Vereinbarung vom 20. Dezember 2006
zur Änderung und Ergänzung der Vereinbarung vom 17. September 2004
zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik
über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen
und die Bestimmung von Strecken für die Grenzabfertigung
während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen

Vom 12. Januar 2007

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 10. Januar 1996 zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (BGBl. 1996 II S. 18) verordnet das Bundesministerium des Innern:

Artikel 1

Nach Maßgabe der Vereinbarung vom 20. Dezember 2006 zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Änderung und Ergänzung der Vereinbarung vom 17. September 2004, zuletzt geändert am 9. März 2006, über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen und die Bestimmung von Strecken für die Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen (BGBl. 2004 II S. 1378; 2006 II S. 353) wird an der deutsch-tschechischen Grenze an dem Straßengrenzübergang Breitenau – Krásný Les/Schönwald (Autobahn) eine vorgeschobene tschechische Grenzabfertigungsstelle auf deutschem Gebiet errichtet. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2007 in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung nach Artikel 1 außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 12. Januar 2007

Der Bundesminister des Innern
Schäuble

Vereinbarung

zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik
über die Änderung und Ergänzung der Vereinbarung vom 17. September 2004,
zuletzt geändert am 9. März 2006,
zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik
über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen
und die Bestimmung von Strecken für die Grenzabfertigung
während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen

Ujednání

mezi Spolkovým ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo
a Ministerstvem vnitra České republiky,
kterým se mění a doplňuje Ujednání mezi Spolkovým
ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo
a Ministerstvem vnitra České republiky
o zřízení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť a o stanovení tras
pro pohraniční odbavování během jízdy ve vlacích a na lodích ze 17. září 2004,
ve znění jeho změny z 9. března 2006

Das Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium des Innern
der Tschechischen Republik

Spolkové ministerstvo vnitra Spolkové
republiky Německo

a

Ministerstvo vnitra České republiky

haben gemäß Artikel 1 Abs. 3 des Vertrages vom 19. Mai 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung
im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr (im Folgenden „Vertrag“ genannt)

und in Übereinstimmung mit Artikel 45 Abs. 2 der Vereinbarung vom 17. September 2004, zuletzt geändert am 9. März 2006, zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium des Innern der Tschechischen Republik über die Errichtung vorgeschobener Grenzabfertigungsstellen und die Bestimmung von Strecken für die Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen (im Folgenden „Vereinbarung aus 2004“ genannt)

Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vereinbarung aus 2004 wird wie folgt geändert und ergänzt:

Nach Artikel 9 wird ein neuer Artikel 9a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Artikel 9a

Breitenau – Krásný Les/Schönwald (Autobahn)

Am Straßengrenzübergang Breitenau – Krásný Les/Schönwald (Autobahn) wird auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eine tschechische vorgeschobene Grenzabfertigungsstelle errichtet. Die Zone umfasst:

- a) die von den Bediensteten beider Staaten gemeinsam genutzten Flächen, Anlagen und Räume, und zwar
 - den Abschnitt der Autobahn 17 von der gemeinsamen Staatsgrenze (Grenzbrücke) bis zur Einmündung der Ver-

se podle článku 1 odst. 3 Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o ulehčení pohraničního odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě z 19. května 1995 (dále „Smlouva“)

a v souladu s článkem 45 odst. 2 Ujednání mezi Spolkovým ministerstvem vnitra Spolkové republiky Německo a Ministerstvem vnitra České republiky o zřízení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť a o stanovení tras pro pohraniční odbavování během jízdy ve vlacích a na lodích ze 17. září 2004, ve znění jeho změny z 9. března 2006, (dále „Ujednání z roku 2004“)

dohodly takto:

Článek 1

Ujednání z roku 2004 se mění a doplňuje takto:

Za článek 9 se vkládá nový článek 9a, který zní:

„Článek 9a

Breitenau – Krásný Les (dálnice)

Na silničním hraničním přechodu Breitenau – Krásný Les (dálnice) bude na území Spolkové republiky Německo zřízeno české předsunuté pohraniční odbavovací stanoviště. Prostor zahrnuje:

- a) plochy, zařízení a prostory společně užívané pracovníky obou států, a to
 - úsek dálnice 17 od společných státních hranic (hraniční most) až po vyústění účelové komunikace pro nákladní

bindungsstraße für Lastkraftwagen in die Autobahn 17 in Richtung Einreise in die Bundesrepublik Deutschland und die gesamte Fläche der Grenzabfertigungsstelle einschließlich der Verbindungsstraßen, der Gehwege, der Parkplätze, der Abstellflächen und der angrenzenden Flächen im Umfeld des Dienstgebäudes,

- Abfertigungskabinen,
 - Abstellflächen für Durchsuchungen von Fahrzeugen,
 - zwei Garagen für Durchsuchungen von Fahrzeugen,
 - festgelegte Stelle für die Kontrolle von Fahrzeugen mit Lademaßüberschreitung und Gefahrgutfahrzeuge,
 - Gewahrsamsräumlichkeiten, einen Vernehmungsraum und einen Raum für Durchsuchungen im Erdgeschoss des Dienstgebäudes,
 - einen Raum für Informations- und Kommunikationstechnik im Erdgeschoss des Dienstgebäudes,
 - Sozial- und Aufenthaltsräume im Obergeschoss des Dienstgebäudes,
 - Verbindungsflure und Treppen im Dienstgebäude,
 - Sanitäranlagen im Dienstgebäude, im Bereich der Park- und Abstellflächen für Lkw und Sanitäranlagen (Container) bei der Omnibusspur,
 - Verbindungswege;
- b) die den tschechischen Bediensteten zur alleinigen Nutzung überlassenen Anlagen und Räume, und zwar
- sechs Räume im Dienstgebäude,
 - Gewahrsamscontainer im Kellergeschoss des Dienstgebäudes,
 - drei Parkplätze für Dienstfahrzeuge.“

Artikel 2

(1) Diese Vereinbarung tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der auf den Tag der Unterzeichnung folgt, in Kraft.

(2) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Außerkrafttreten des Vertrages oder der Vereinbarung aus 2004 außer Kraft.

Geschehen zu Prag am 20. Dezember 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

vozdila na dálnici 17 ve směru vstupu do Spolkové republiky Německo a celou plochu pohraničního odbavovacího stanoviště včetně účelových komunikací, chodníků, parkovacích míst, odstavných ploch a přilehlých ploch v okolí služební budovy,

- odbavovací buňky,
 - odstavné plochy pro prohlídky vozidel,
 - dvě garáže pro prohlídky vozidel,
 - určené místo pro kontrolu vozidel přepravujících nadrozměrné nebo nebezpečné náklady,
 - místnosti pro zajištěné osoby, místnost pro výsledky a místnost pro prohlídky v přízemí služební budovy,
 - místnost pro informační a komunikační techniku v přízemí služební budovy,
 - sociální a pobytové místnosti v horním patře služební budovy,
 - spojovací chodby a schodiště ve služební budově,
 - sanitární zařízení ve služební budově, v úseku parkovacích a odstavných ploch pro nákladní vozidla a sanitární zařízení (buňka) u jízdniho pruhu pro autobusy,
 - spojovací cesty;
- b) zařízení a prostory užívané výhradně českými pracovníky, a to
- šest místností ve služební budově,
 - buňku pro zajištěné osoby v podzemním podlaží služební budovy,
 - tři parkovací místa pro služební vozidla.“

Článek 2

(1) Toto ujednání vstoupí v platnost prvního dne druhého měsíce následujícího po dni podpisu.

(2) Toto ujednání pozbude platnosti současně s pozbytím platnosti Smlouvy nebo Ujednání z roku 2004.

Dáno v Prag dne 20. Dezember 2006 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für das Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

Za Spolkové ministerstvo vnitra
Spolkové republiky Německo

R. Kass

Für das Ministerium des Innern
der Tschechischen Republik

Za Ministerstvo vnitra
České republiky

Salivar

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an die Unternehmen „National Security Technologies, LLC“,
„R. M. Vredenburg & Co.“ und „Science Applications International Corporation“
(Nr. DOCPER-AS-49-01, DOCPER-AS-48-01 und DOCPER-AS-11-21)**

Vom 7. November 2006

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 17. August 2006 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an die Unternehmen „National Security Technologies, LLC“ (Nr. DOCPER-AS-49-01), „R. M. Vredenburg & Co.“ (Nr. DOCPER-AS-48-01) und „Science Applications International Corporation“ (Nr. DOCPER-AS-11-21) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 17. August 2006

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 7. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Auswärtiges Amt

Berlin, den 17. August 2006

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 798 vom 17. August 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit den nachfolgend unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen Verträge über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn den nachfolgend unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. a) Das Unternehmen National Security Technologies, LLC wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-49-01 mit einer Laufzeit vom 1. Juli 2006 bis 30. September 2011 folgende Dienstleistungen erbringen:

Analysiert, plant und leitet Einsatzaufträge; führt komplexe Datenanalysen durch und bereitet unterschiedlichste technische Berichte und Unterweisungen vor, einschließlich Verfahren und Pläne; entwickelt Methoden zur Erhebung, Analyse und Verarbeitung technischer Daten. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Scientist (Anhang II.7.).

- b) Das Unternehmen R. M. Vredenburg & Co. wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-48-01 mit einer Laufzeit vom 1. Mai 2006 bis 28. Februar 2007 folgende Dienstleistungen erbringen:

Unterstützung der 1. Panzerdivision (1st Armored Division) bei allen automationsrelevanten Aspekten im Zusammenhang mit C4ISR-Funktionen (Führung, Kontrolle, Kommunikation, Computer, Nachrichtendienst, technische Überwachung und technische Aufklärung); Unterstützung mit qualitativ hochwertigen militärisch-nachrichtendienstlichen Fähigkeiten, mit Leistungen aus dem Bereich Systemanalyse und im Bereich Planung von Kriseneinsätzen zur Entwicklung von Einsatzplänen und -befehlen sowie von zeitlich gestaffelten Daten für Truppenverlegungen zur Unterstützung realer Krisen und Übungen. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Intelligence Analyst (Anhang II.2.).

- c) Das Unternehmen Science Applications International Corporation wird auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-11-21 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2006 bis 30. November 2006 folgende Dienstleistungen erbringen:

Bewertung und Analyse aufkommender Fragen im Bereich der Rüstungskontrolle. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Military Analyst (Anhang II.4.).

2. Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden den unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.
3. Die vorgenannten Unternehmen werden in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
4. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern der oben genannten Unternehmen, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 Buchstaben a bis c aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für diese Unternehmen tätig sind, die gleichen

Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.

5. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
6. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
7. Diese Vereinbarung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem der letztgültige Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschriften zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und den jeweiligen dort genannten Unternehmen endet. Sie wird auf die einzelnen unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Verträge nicht mehr angewendet, wenn der jeweilige Vertrag endet oder wenn das Auswärtige Amt nicht jeweils spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Kopien der einzelnen Verträge sind dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung eines Vertrags unverzüglich mit.
8. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch eines der unter Nummer 1 Buchstaben a bis c genannten Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation in Bezug auf das genannte Unternehmen kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung in Bezug auf das genannte Unternehmen außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 8 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 17. August 2006 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 798 vom 17. August 2006 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 17. August 2006 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Choctaw Archiving Enterprise“
(Nr. DOCPER-TC-15-03)**

Vom 8. November 2006

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 17. August 2006 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Choctaw Archiving Enterprise“ (Nr. DOCPER-TC-15-03) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 17. August 2006

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 8. November 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Auswärtiges Amt

Berlin, den 17. August 2006

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 797 vom 17. August 2006 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, Folgendes mitzuteilen:

Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Choctaw Archiving Enterprise einen Vertrag zur Truppenbetreuung auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-15-03 geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Choctaw Archiving Enterprise zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Choctaw Archiving Enterprise wird im Rahmen seines Vertrags zur Truppenbetreuung für die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts ausschließlich folgende Dienstleistungen erbringen:

Bei dem WIC-Programm (für Frauen, Säuglinge und Kinder) handelt es sich um ein Ernährungs- und Gesundheitsprogramm mit dem Ziel, gravierenden medizinischen, entwicklungs- und ernährungsbezogenen sowie sozialen Problemen in den Bereichen körperliches Wachstum, Entwicklung und Wohlergehen von Frauen in der Schwangerschaft, nach der Geburt und in der Stillzeit, von Kindern im Mutterleib und Neugeborenen, Säuglingen, Kleinkindern und Kindern im Vorschulalter vorzubeugen. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Family Wellness Counselor, Family Service Coordinator, Certified Nurse, Social Worker und Systems Administrator.

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 betreffend die Tätigkeit von Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung beauftragt sind, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Choctaw Archiving Enterprise wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die Mitglieder der in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-15-03 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Choctaw Archiving Enterprise endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2006 bis

31. Januar 2011 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 27. März 1998 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 20. März 2003 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt 3 Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 17. August 2006 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 797 vom 17. August 2006 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 17. August 2006 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 1. Dezember 2006

Das in Tirana am 1. Juni 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit 1992 ist nach seinem Artikel 5

am 26. Juli 2006

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. Dezember 2006

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Ingrid-Gabriela Hoven

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerrat der Republik Albanien
über Finanzielle Zusammenarbeit 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Ministerrat der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 5. Dezember 2001 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es dem Ministerrat der Republik Albanien und anderen, von beiden Vertragsparteien gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, ein Darlehen von insgesamt 216 412,24 EUR (in Worten: zweihundertsechzehntausendvierhundertzwölf Euro und 24 Cent) für das Vorhaben „Aufstockung Sozialinvestitionsfonds ADF II“ zu erhalten. Die Förderungswürdigkeit des Vorhabens ist gegeben.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es dem Ministerrat der Republik Albanien zu einem späteren Zeit-

punkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der KfW und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

(2) Der Ministerrat der Republik Albanien, soweit er nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrages garantieren.

Artikel 3

Der Ministerrat der Republik Albanien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Vertrages in der Republik Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Der Ministerrat der Republik Albanien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem der Ministerrat der Republik Albanien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tirana am 1. Juni 2006 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Annen

Für den Ministerrat der Republik Albanien

Genc Ruli

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe**

Vom 12. Dezember 2006

I.

Das Übereinkommen vom 27. Juni 1980 zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (BGBl. 1985 II S. 714) ist nach seinem Artikel 57 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Costa Rica am 21. November 2002

Laos am 17. Dezember 2002

nach Maßgabe der unter II. abgedruckten, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung.

Es ist für die zwischenstaatliche Organisation (Artikel 4 des Übereinkommens)

Ostafrikanische Gemeinschaft am 25. April 2006

in Kraft getreten.

II.

L a o s hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde nachstehende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

“... pursuant to Article 11 of the above-mentioned Agreement, the Lao People's Democratic Republic selects the French Franc, as converted into the Euro on 1 January 2002, as the currency of its payment of Shares of Directly Contributed Capital.”

„... im Einklang mit Artikel 11 des oben genannten Übereinkommens wählt die Demokratische Volksrepublik Laos den Französischen Franc zu dem am 1. Januar 2002 geltenden Umrechnungskurs in Euro als Währung aus, in der die Zahlung der Anteile ihres unmittelbar eingezahlten Kapitals erfolgt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Juli 1998 (BGBl. II S. 2494).

Berlin, den 12. Dezember 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Singapur
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet
der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom 15. Dezember 2006

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Oktober 2006 zu dem Abkommen vom 28. Juni 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2006 II S. 930) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2

am 12. Dezember 2006

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 12. Dezember 2006 in Berlin ausgetauscht.

Berlin, den 15. Dezember 2006

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer